



Universität Hamburg

DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

UHH – Fakultät EW  
AB Sozialpädagogik, Von-Melle-Park 8, 20146 Hamburg

Deutscher Bundestag  
Ausschuss f. Familie,  
Senioren, Frauen u. Jugend  
Ausschussdrucksache  
**19(13)142b**

Deutscher Bundestag  
Ausschuss für Familie, Frauen, Senioren und Jugend  
10127 Berlin

**FAKULTÄT**  
FÜR ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT

**Moritz Schwerthelm, M.A.**

Fakultät für Erziehungswissenschaft  
Fachbereich 2  
Arbeitsbereich Sozialpädagogik/ außerschulische  
Kinder- und Jugendbildung  
Alsterterrasse 1  
Raum 041  
20354 Hamburg

Tel. +49 40 42838-3751  
Moritz.Schwerthelm@uni-hamburg.de  
www.ew.uni-hamburg.de

12.05.2021

## STELLUNGNAHME

**im Rahmen der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Unterrichtung durch die Bundesregierung zum**

„Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe – 16. Kinder- und Jugendbericht – Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter und Stellungnahme der Bundesregierung“ (BT-Drs. 19/24200)

Insgesamt betont der 16. Kinder- und Jugendbericht sehr nachvollziehbar zentrale Entwicklungsbedarfe in Bezug auf die Demokratiebildung und politische Bildung junger Menschen in Deutschland. Besonders die Thematisierung der außerschulischen Felder politischer Bildung zeigt deren Stellenwert beim Aufwachsen junger Menschen in unserer Gesellschaft und die Notwendigkeit lebensweltnaher Demokratiebildung. So benennt bereits der 15. Jugendbericht die Jugendarbeit als eine der zentralen Institutionen des Aufwachsens.

Mit ‚Demokratiebildung‘ geht es darum jungen Menschen – pädagogisch unterstützt – zu ermöglichen, sich zu ihren Themen und Interessen in Gesellschaft einzubringen und öffentlich ihre Stimme zu erheben. Wenn sie sich so politisch einbringen, erfahren sie auch, dass dann Interessenkonflikte mit anderen Gesellschaftsmitgliedern entstehen. Kinder und Jugendliche müssen die Chance bekommen, diese Konflikte demokratisch mit anderen Betroffenen auszuhandeln und gemeinsam Entscheidungen zu fällen, die letztlich dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Dies eröffnet jungen Menschen, Demokratie für sich als sinnvollen Modus der Klärung von Interessenkonflikten zu erfahren. Es geht also bei Demokratiebildung um die Berechtigung zur ‚Aus-Übung‘ von Demokratie und die Reflexion von Erfahrungen, die Kinder und Jugendliche in der Ausübung demokratischen Handelns machen (Richter et al 2016; Sturzenhecker 2013).

Nun gibt es allerdings – auch das beschreibt der Jugendbericht – kaum pädagogische Felder, die Kindern und Jugendlichen solche 1) lebensweltnahe und 2) wirklich demokratische Teilnahme an öffentlichen Streitdiskursen und Entscheidungsprozessen ermöglichen. Stattdessen sind affirmative Formen von Partizipation weit verbreitet, die jungen Menschen wesentliche Entscheidungen und somit auch die Gestaltung ihrer eigenen Lebensumstände vorenthalten. Gerade die Kinder- und Jugendarbeit sowie die Angebote der außerschulischen politischen Bildung haben jedoch die strukturellen Potenziale, jungen Menschen nicht irgendeine Beteiligung anzubieten, sondern eine demokratische Mitentscheidung zu eröffnen. Die Verantwortung, diese Potenziale anzuerkennen und zu fördern, obliegt auch politischen Entscheidungsträger:innen auf allen politischen Ebenen.

Allerdings werden diese Felder im Gefüge der Kinder- und Jugendhilfe zunehmenden unterfinanziert, wie die Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe in den Kommunen sowie bundesweit zeigen. So haben die Ausgaben für die Kindertagesbetreuung (+ 23,5 Mrd. EUR) und die Hilfen zur Erziehung (+ 7,7 Mrd. EUR) in den letzten 18 Jahren bundesweit deutlich zugenommen, die Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit und die Jugendsozialarbeit (zusammen + 1 Mrd. EUR) hingegen kaum (Pothmann 2019, S. 6). Dies kann zum einen durch die erheblich höheren Kosten für individuelle Leistungen erklärt werden. Zum anderen hängt dies jedoch auch mit gesellschaftlichen Ökonomisierungslogiken zusammen, die sich auch im Wirksamkeitsdiskurs der Jugendhilfe niederschlagen. Denn durch die wirtschaftlichen Ansprüche der Effizienz und Effektivität werden jene Maßnahmen bevorzugt, deren Wirkungen man meint nachweisen zu können und die an einen individuellen Rechtsanspruch gekoppelt sind. Eine Wirkungsmessung erscheint schon bei individuellen Leistungen als außerordentlich komplex, wenn nicht gar unmöglich. Das gilt erst recht für jene Arbeitsfelder, die freiwillige Bildungsangebote für junge Menschen und ihre Gruppen bereitstellen und vorhalten sollen (Schwerthelm 2019).

Zudem werden diese Felder – wie aktuelle Forschungsergebnisse zeigen – zunehmend politisch infrage gestellt oder gar angegriffen, wenn sie sich für Menschenrechte, Diversität und Demokratie einsetzen (Gille & Jagusch 2019; Hafenegger et al 2020; Schuhmacher et al 2021). Der Jugendbericht spricht diesbezüglich von einer „historisch neuen Situation“.

Vor diesem Hintergrund fordert der Jugendbericht von politischen Entscheidungsträger:innen, Einrichtungen und Angebote der Kinder- und Jugendarbeit „weniger projektbezogen, sondern langfristig und regelstrukturell sicherzustellen“ sowie den Blick „auf demokratische Bildung auch jenseits von Extremismus- und Radikalisierungsprävention“ (BT-Drs. 19/24200, S. 411) zu erweitern. Dem stimme ich völlig zu.

Aus vielen Studien wissen wir, dass soziale Ungleichheit (vor allem produziert durch Armut und Migrationsbedingungen) auch zu politischer Ungleichheit führt: d.h. je nachdem in welchem Umfeld jemand aufwächst, hat die Person mehr oder weniger Möglichkeiten, sich politisch in die Gesellschaft einzubringen (zusammenfassend van Deth 2014). Aus Jugendstudien wissen wir auch, dass die Versuche junger Menschen in prekären Lebenslagen sich Gehör zu verschaffen und an Gesellschaft zu partizipieren, nicht als solche anerkannt werden, sondern als Abweichungen, Störungen, Risiko abgetan werden (SINUS 2020). Benachteiligte Kinder und Jugendliche haben also 1) schlechtere Zugangschancen zu politischem Handeln und erfahren 2), wenn sie es versuchen, entweder keine Beachtung oder werden stigmatisiert. Das führt systematisch zu einem mehrfachen (d.h. sozialen wie politischen) Ausschluss bestimmter gesellschaftlicher Gruppen. Und dies gilt – das wird Sie nicht erstaunen – selbstverständlich auch umgekehrt: politische Ungleichheit erzeugt soziale und ökonomische Ungleichheit. Wer nicht demokratisch und politisch an Gesellschaft teilnehmen kann, dessen Anliegen werden in der Tendenz auch weniger vernommen und realisiert. Diese mehrfache Exklusion verstärkt sich also wechselseitig.

Die Antwort auf dieses Phänomen scheint mir nicht Prävention zu sein und auch nicht nur ein Recht auf politische Bildung zu fordern, wie es der Jugendbericht tut, sondern nötig ist ein Recht auf demokratisch-politisches Handeln, also konkretes Mitdiskutieren und Mitentscheiden für junge Menschen „in allen sie betreffenden Entscheidungen“ (§ 8 SGB VIII).

Konkret mitentscheiden können die Kinder und Jugendlichen in der Kinder- und Jugendhilfe und der außerschulischen Jugendbildung. Sie haben bereits den gesetzlichen Auftrag, Mitbestimmung und Demokratiebildung zu fördern und sie erreichen ein großes Spektrum von Kindern und Jugendlichen. Solche Institutionen müssen dafür sorgen, dass junge Menschen das gemeinsame Handeln in diesen Einrichtungen selbst demokratisch mitbestimmen können. Darüber hinaus müssen sie ihnen ermöglichen, besonders in der Kommune die Stimme zu erheben und dann mit anderen Betroffenen lokal machbare Lösungen auszuhandeln.

Der Offenen Kinder- und Jugendarbeit kommt dabei noch einmal eine besondere Position zu, weil sie täglich freiwillig von jenen Jugendlichen besucht wird, deren Lebenssituation oben als ‚ausgeschlossen‘ bezeichnet wurde. Insofern scheint es bspw. wenig nachvollziehbar, dass das „Aktionsprogramm Aufholen nach Corona“ – anders als vom Deutschen Städtetag (2021) gefordert – die Möglichkeiten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit nicht zu berücksichtigen scheint.

Wenn die Kommunen insgesamt die Absicherung dieser Felder nicht leisten können bzw. ökonomische Logiken der Effizienz und Effektivität ein Ungleichgewicht in der Ausgabenverteilung innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe erzwingen, muss sich m.E. der Bund Wege suchen, wie er besonders diese lebensweltnahen Formen von Demokratiebildung und ihre Regelstrukturen absichern und ihre Qualität für ein gelingendes Aufwachsen in der Demokratie fördern kann. Besonders jetzt, wo sich im Zuge der Pandemie der Druck auf die kommunalen Haushalte zu erhöhen droht.

Dazu zählt auch die Frage, wie eine angemessene Jugendhilfeplanung flächendeckend realisiert werden kann, die Kindern und Jugendlichen 1) demokratische Mitentscheidung in Planungsprozessen ermöglicht und 2) bedarfsgerecht klärt, was ein „erforderlicher“ (§ 11 Abs. 1) bzw. „angemessener“ (§ 79 Abs. 2) Anteil von den für die Jugendhilfe bereitgestellten Mitteln für die Jugendarbeit ist, sodass die öffentlichen Träger zukünftig ihrer „Bereitstellungsverpflichtung“ (Fieseler et al. 2004) nachkommen.

Das derzeit diskutierte Demokratieförderungsgesetz könnte m.E. dazu beitragen, die oben beschriebene Demokratiepraxis in den außerschulischen Jugendbildungsinstitutionen abzusichern. Dazu müssten jedoch vor allem die Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe und der politischen Jugendbildung gefördert werden, die ohnehin der Unterstützung demokratischer Partizipation und Demokratiebildung verpflichtet sind und die bereits von Kindern und Jugendlichen besucht bzw. genutzt werden. Das sind die Einrichtungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Jugend(sport)vereine und Jugendverbände. Dazu dürfte jedoch nicht die Unabhängigkeit der Träger dieser Angebote in Frage gestellt oder ordnungspolitisch in Dienst genommen werden. Die Sinnhaftigkeit eines solchen Gesetzes hängt also in hohem Maße davon ab, ob Strukturen gefördert werden, statt sich auf projektbezogene Extremismus- und Radikalisierungsprävention mit ‚Demokratielabel‘ zu beschränken.

### **Hauptthesen im Überblick**

- Soziale Ungleichheit führt zu politischer Ungleichheit und Partizipationsversuche benachteiligter junger Menschen werden nicht anerkannt, sondern als Abweichungen,

Störungen, Risiko abqualifiziert. Das erzeugt eine sich wechselseitig verstärkende soziale wie politische Exklusion und in der Folge eine weitere Spaltung der Gesellschaft.

- Felder der Kinder- und Jugendarbeit erreichen diese Kinder und Jugendlichen. Sie besuchen sie freiwillig und verfügen über pädagogische Beziehungen zu ihnen.
- Kinder- und Jugendarbeit hat die Potenziale demokratische Teilnahme und Teilhabe eröffnen, muss aber fachlich qualifiziert und finanziell abgesichert werden.
- Denn Kinder- und Jugendarbeit wird im Gefüge der Kinder- und Jugendhilfe systematisch (finanziell) marginalisiert und politisch infrage gestellt.
- Der Gesetzgeber hat die Aufgabe jene Bereiche abzusichern, die jungen Menschen demokratisches Handeln und somit potenziell auch Demokratiebildung eröffnen.

Moritz Schwerthelm  
Hamburg, 12. Mai 2021

## Literatur

- Deutscher Städtetag (2021): Skizze – Maßnahmen zur Bewältigung von Folgen des Lockdowns für Kinder, Jugendliche und Familien.
- Fieseler, G./Schleicher, H./Busch, M. (2004): Kinder- und Jugendhilferecht. Gemeinschafts-kommentar zum SGB VIII (GK – SG VIII). Neuwied: Luchterhand Verlag.
- Gille, C./Jagusch, B. (2019): Die Neue Rechte in der Sozialen Arbeit in NRW. Exemplarische Analysen. Düsseldorf. Online: [www.fgw-nrw.de/fileadmin/user\\_upload/FGW-Studie-RSD-03-Gille-2019\\_11\\_29-komplett-web.pdf](http://www.fgw-nrw.de/fileadmin/user_upload/FGW-Studie-RSD-03-Gille-2019_11_29-komplett-web.pdf) [Letzter Zugriff 10.05.2021]
- Hafenecker, B./Jestädt, H./Schwerthelm, M./Schuhmacher, N./Zimmermann, G. (Hg.) (2020): Die AfD und die Jugend. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will.
- Pothmann, J (2019): Kinder- und Jugendhilfeausgaben 2018: Entschleunigung des Anstiegs, aber 50 Mrd.-Marke genommen. In: KomDat – Kommentierte Daten der Kinder- und Jugendhilfe, Heft 3/19, Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- & Jugendhilfestatistik.
- Richter, E./ Richter, H./ Sturzenhecker, B./ Lehmann, T./ Schwerthelm, M. (2016): Bildung zur Demokratie – Operationalisierung des Demokratiebegriffs für pädagogische Institutionen. In: Knauer, R./ Sturzenhecker, B. (Hrsg.): Demokratische Partizipation von Kindern. S. 106-131.
- Schuhmacher, N./Schwerthelm, M./Zimmermann, G. (2021): Stay with the trouble. Politischer Interventionen im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (Hrsg.).
- Schwerthelm, M. (2019): Zentrale Themen des SGB VIII-Reformprozesses aus Sicht der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. In: FORUM. Für Kinder- und Jugendarbeit. Heft 2, S. 43-48.
- Sturzenhecker, B. (2013): Den Kids eine Stimme geben! Das und mehr kann politische Bildung mit benachteiligten Jugendlichen von der Milieuforschung lernen. In: Thomas, P./Calmbach, M. (Hrsg.): Jugendliche Lebenswelten. Perspektiven für Politik, Pädagogik und Gesellschaft. S. 151-173
- SINUS-Jugendstudie (2020): „Wie ticken Jugendliche?“ Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung.
- Deth, J.v. (2014): Das schwierige Verhältnis zwischen Partizipation und Demokratie. In: Pohl; K. / Peter Massing, P. (Hrsg.): Mehr Partizipation – mehr Demokratie? S. 11-26